Gesetz-Sammlung

für die

Königlichen Preußischen Staaten.

Nr. 24.

(Nr. 9469.) Gesetz, betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentengütern. Vom 7. Juli 1891.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen rc.

verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

§. 1.

Die auf Rentengütern von mittlerem oder kleinerem Umfange haftenden Renten können auf Antrag der Betheiligten durch Vermittelung der Rentenbank soweit abgelöst werden, als die Ablösbarkeit derselben nicht von der Zustimmung beider Theile abhängig gemacht ist.

Zur Stellung des Antrags ist befugt:

der Rentenberechtigte, soweit er die Ablösung von dem anderen Theile beanspruchen kann, der Rentengutsbesitzer, soweit er zur Ablösung der Rente ohne Zustimmung des anderen Theils berechtigt, oder die Ablösung von dem anderen Theile beansprucht ist.

Der Rentenberechtigte erhält als Abfindung entweder den 27fachen Betrag der Rente in $3\frac{1}{2}$prozentigen oder den $23\frac{2}{3}$fachen Betrag der Rente in 4prozentigen Rentenbriefen, nach deren Nennwerthe oder, soweit dies durch solche nicht geschehen kann, in baarem Gelde.

Die Abfindung wird durch Zahlung einer Rentenbankrente seitens des Rentengutsbesitzers verzinst und getilgt (§. 3).

§. 2.

Zur erstmaligen Einrichtung eines Rentenguts der im §. 1 bezeichneten Art durch Aufführung der nothwendigen Wohn- und Wirthschaftsgebäude kann

Ausgegeben zu Berlin den 29. Juli 1891.

die Rentenbank den Rentengutsbesitzern Darlehne in $3^1/_2$ prozentigen oder 4 prozentigen Rentenbriefen nach dem Nennwerth oder, soweit dies durch solche nicht geschehen kann, in baarem Gelde gewähren.

Die Darlehne werden durch Zahlung einer Rentenbankrente verzinst und getilgt (§. 3).

Die Darlehne sind seitens der Rentenbank unkündbar; letztere hat jedoch das Recht, das Darlehn beziehentlich dessen ungetilgten Rest sofort zurückzufordern, wenn der Schuldner den Auflagen zur ordnungsmäßigen Unterhaltung und Versicherung der Gebäude nicht nachkommt oder wenn derselbe in Konkurs geräth oder durch Zwangsvollstreckung zur Zahlung der rückständigen Rentenbankrente angehalten werden muß.

§. 3.

Der Rentengutsbesitzer hat vom Zeitpunkte der Rentenübernahme eine Rentenbankrente (§§. 1 und 2) an die Rentenbank zu entrichten. Dieselbe beträgt:

1) falls $3^1/_2$ prozentige Rentenbriefe als Abfindung oder als Darlehn gegeben sind, 4 Prozent des Nennwerths der Rentenbriefe und des zur Ergänzung gegebenen baaren Geldes, oder
2) falls 4 prozentige Rentenbriefe als Abfindung oder als Darlehn gegeben sind, $4^1/_2$ Prozent des Nennwerths der Rentenbriefe und des zur Ergänzung gegebenen baaren Geldes.

Der Rentengutsbesitzer hat die Rentenbankrente von 4 Prozent während einer Tilgungsperiode von $60^1/_2$ Jahren oder die Rentenbankrente von $4^1/_2$ Prozent während einer Tilgungsperiode von $56^1/_{12}$ Jahren zu entrichten.

§. 4.

So lange eine Rentenbankrente auf dem Rentengute haftet, kann die Aufhebung der wirthschaftlichen Selbständigkeit und die Zertheilung des Rentenguts, sowie die Abveräußerung von Theilen desselben rechtswirksam nur mit Genehmigung der Generalkommission erfolgen.

§. 5.

Erfolgt die Ablösung der Rente (§. 1) oder die Gewährung des Darlehns (§. 2) zugleich mit der Begründung des Rentenguts, so kann die Zahlung der Rentenbankrente auf Antrag des Rentengutsbesitzers für das erste Jahr unterbleiben. Der hierdurch der Rentenbank entstehende Ausfall wird dadurch gedeckt, daß das abzulösende Kapital um die einjährigen Zinsen der Rentenbriefe und des zur Ergänzung gegebenen baaren Geldes erhöht und von dieser Summe die in Gemäßheit des §. 3 berechnete Rentenbankrente während der Tilgungsperiode von $60^1/_2$ oder $56^1/_{12}$ Jahren gezahlt wird.

§. 6.

Im Uebrigen findet das Gesetz über die Errichtung von Rentenbanken vom 2. März 1850 (Gesetz-Samml. S. 112) nebst den dasselbe ergänzenden gesetzlichen Bestimmungen mit folgenden Maßgaben sinngemäße Anwendung:

1) Die Geschäfte für die linksrheinischen Landestheile sowie für die Hohenzollernschen Lande werden der Rentenbank in Münster übertragen.

2) Die Vorschriften, welche für die an die Stelle der Reallasten tretenden Geldrenten gegeben sind, gelten auch für die in §§. 1 bis 3 erwähnten Renten.

3) Die Bestimmungen, welche eine Tilgungsperiode von $41^{1}/_{12}$ Jahren beziehentlich eine Herabminderung der Rente auf neun Zehntel voraussetzen, bleiben ohne Anwendung.

4) Welche Summen im Falle des §. 23 des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 in den verschiedenen Jahren der beiden Tilgungsperioden zur Ablösung von Rentenbeträgen erforderlich sind, ergiebt sich aus den als Anlage I und II beigefügten Tabellen. Eine derartige Kapitalsablösung innerhalb der ersten 10 Jahre nach Begründung des Rentenguts ist nur mit Genehmigung der Generalkommission zulässig.

5) Die Ueberweisung von Rückständen an Rentengutsrenten ist unzulässig.

6) Auf Antrag der Generalkommission wird im Grundbuch vermerkt, daß das Grundstück als Rentengut der Rentenbank rentenpflichtig sei. In den Eintragungsvermerk ist der Betrag der Rentenbankrente, sowie die Tilgungszeit derselben aufzunehmen.

7) Die Uebernahme der Rentenbankrente kann auch zum 2. Januar und 1. Juli erfolgen. Dementsprechend sind die betreffenden Rentenbriefe zu verzinsen.

8) Auf die durch die Anwendung dieses Gesetzes bei der Generalkommission entstehenden Kosten finden — unbeschadet der Vorschriften im §. 12 — die Bestimmungen des Gesetzes über das Kostenwesen in Auseinandersetzungssachen vom 24. Juni 1875 (Gesetz-Samml. S. 395) mit der Maßgabe Anwendung, daß für die Bemessung des Pauschsatzes die Grundsätze des §. 2 Nr. 1 gelten. Der Jahreswerth ist nach den Zinsen der ausgegebenen Rentenbriefe festzustellen.

9) Die Ressortminister bestimmen, ob und von welchem Zeitpunkte $3^{1}/_{2}$- oder 4prozentige Rentenbriefe als Abfindung (§. 1) oder als Darlehn (§. 2) gegeben werden sollen. So lange der Kurs der 4prozentigen Rentenbriefe an der Berliner Börse dauernd auf dem Nennwerth oder darunter steht, dürfen $3^{1}/_{2}$prozentige Rentenbriefe nur mit Zustimmung des Empfängers (§§. 1, 2) ausgegeben werden.

§. 7.

Die Generalkommission hat den Antrag auf Ablösung der Rente (§. 1) oder auf Gewährung eines Darlehns (§. 2) soweit zurückzuweisen:

1) als nicht der abzulösenden Rente oder dem Darlehn das Vorrecht vor den sonstigen privatrechtlichen Belastungen des Rentenguts zusteht,

2) als nicht für die zu übernehmende Rentenbankrente (§. 3) die gehörige Sicherheit vorhanden ist.

Die Sicherheit kann als vorhanden angenommen werden, wenn der 25fache Betrag der Rentenbankrente (§. 3) innerhalb des 30fachen Betrages des bei der letzten Grundsteuereinschätzung ermittelten Katastralreinertrages mit Hinzurechnung der Hälfte des Werthes, mit welchem die Gebäude bei einer der nach §. 19 des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 bestimmten Versicherungsgesellschaften versichert sind, oder innerhalb der ersten drei Viertel des durch ritterschaftliche, landschaftliche oder besondere Taxe zu ermittelnden Werthes der Liegenschaften zu stehen kommt.

§. 8.

Wird der Werth der Liegenschaften durch besondere Taxe ermittelt, so kann der durch die Errichtung der erforderlichen Wohn- und Wirthschaftsgebäude zu erzielende Mehrwerth mitberücksichtigt werden. Die Uebernahme der Rentenbankrente ist jedoch in diesem Falle ganz oder zu einem entsprechenden Theile bis zu dem auf die ordnungsmäßige Herstellung der Gebäude folgenden nächsten Uebernahmetermin auszusetzen.

§. 9.

Die besondere Taxe (§. 7 Absatz 2) wird durch die Generalkommission unter Zuziehung zweier Kreisverordneten und, falls es auf Abschätzung von Gebäulichkeiten ankommt, eines Bausachverständigen aufgenommen und festgesetzt.

In einfachen und klaren Fällen ist die Generalkommission befugt, nach ihrem Ermessen die Taxe festzusetzen oder sich die Ueberzeugung von der Sicherheit in anderer geeigneter Weise zu verschaffen.

§. 10.

Auf Antrag des Rentenberechtigten kann die Uebernahme des nur mit Zustimmung beider Theile ablösbaren Theils der Rente auf die Rentenbank erfolgen, wenn diesem Rententheile das Vorrecht vor den sonstigen privatrechtlichen Belastungen des Rentenguts zusteht und der 25fache Betrag der diesem Rententheile entsprechenden Rentenbankrente unter Hinzurechnung derjenigen Summe, welche nach §. 6 Nr. 4 für die Ablösung der auf dem Rentengute bereits ruhenden Rentenbankrente bei Stellung des Antrages noch erforderlich ist, innerhalb der in §§. 7 ff. vorgeschriebenen Sicherheit zu stehen kommt.

Die Entschädigung der Rentenberechtigten erfolgt nach Maßgabe dieses Gesetzes. Die übernommenen Renten haben das Vorzugsrecht der Rentenbankrenten.

Erfolgt die Uebernahme der Rente, so tritt der Staat in alle dem Rentenberechtigten aus dem Rentengutsvertrage zustehenden Rechte.

Auf Verlangen des Staates ist diese Rente in eine gemäß den Bestimmungen dieses Gesetzes zu berechnende Rentenbankrente umzuwandeln.

§. 11.

Die Bestimmungen der §§. 2 bis 10 finden auf die vom Staate ausgegebenen Rentengüter nur soweit Anwendung, als den Rentengutsbesitzern Darlehne zur Einrichtung von Rentengütern (§. 2) gegeben werden.

§. 12.

Die Begründung des Rentenguts (§. 1) kann auf Antrag eines Betheiligten durch Vermittelung der Generalkommission erfolgen.

Der Antrag ist zurückzuweisen, sofern der Begründung des Rentenguts rechtliche oder thatsächliche Bedenken entgegenstehen. Sonst hat die Generalkommission den Vertrag über die Begründung des Rentenguts, gegebenenfalls in Verbindung mit dem Vertrage über die Ablösung der Rente oder über die Gewährung des Darlehns, aufnehmen zu lassen und zu bestätigen. Den bestätigten Vertrag hat die Generalkommission dem zuständigen Grundbuchrichter mit dem Ersuchen auf Umschreibung des Eigenthums einzureichen. In diesem Falle wird das Eigenthum an dem Rentengute durch die auf Grund des bestätigten Vertrages erfolgte Eintragung des Eigenthumsübergangs im Grundbuch erworben.

Die Generalkommission hat sofort, nachdem sie den Antrag auf Begründung des Rentenguts für zulässig erachtet, den Grundbuchrichter zu ersuchen, eine Vormerkung über die eingeleitete Begründung des Rentenguts einzutragen. Die Vormerkung hat die Wirkung, daß die später eingetragenen privatrechtlichen Belastungen dem Rentengutsübernehmer gegenüber rechtsunwirksam sind. Mit der Umschreibung des Eigenthums an dem Rentengute ist die Vormerkung zu löschen.

Auf das Verfahren und das Kostenwesen finden die für Gemeinheitstheilungen geltenden Vorschriften mit folgenden Maßgaben Anwendung:

1) Zur vertragsmäßigen Begründung des Rentenguts ist nur legitimirt, wer in anderen Fällen der freiwilligen Veräußerung zur Auflassung berechtigt ist.

2) Die in Folge der Begründung des Rentenguts und der Uebernahme der Rentenbankrente erforderlichen Eintragungen im Grundbuch erfolgen auf Ersuchen der Generalkommission. Auf das Ersuchen der Generalkommission findet §. 41 der Grundbuchordnung vom 5. Mai 1872 Anwendung.

3) Für die Begründung des Rentenguts sind die Pauschsätze des §. 2 Nr. 3 des Gesetzes über das Kostenwesen in Auseinandersetzungssachen vom 24. Juni 1875 (Gesetz-Samml. S. 395) zu zahlen. Wird die Uebernahme der Rentenbankrente mit der Begründung des Rentenguts verbunden, so ist nur der Pauschsatz des §. 2 Nr. 3, nicht auch der des §. 2 Nr. 1 a. a. O. zu erheben.

4) Unter Genehmigung der Bezirksregierung kann der Gesammtbetrag derjenigen Grundsteuern, welche von den zu den Rentengütern ausgegebenen Grundstücken bisher entrichtet sind, nach der von der Generalkommission festgesetzten Taxe auf die Rentengüter vertheilt werden.

§. 13.

Bei denjenigen Rentengütern, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes errichtet sind, kann die Ablösung der Rente durch Vermittelung der Rentenbank von dem Rentenberechtigten nur unter Zustimmung des Rentengutsbesitzers beansprucht werden.

§. 14.

Das Gesetz, betreffend die Wiederzulassung der Vermittelung der Rentenbanken zur Ablösung der Reallasten, vom 17. Januar 1881 (Gesetz-Samml. S. 5) wird von Neuem mit der Maßgabe in Kraft gesetzt, daß die in den §§. 4 und 6 bestimmte Frist fortfällt, und daß dasselbe auch auf diejenigen Ablösungen Anwendung findet, welche nach dem 31. Dezember 1883 bei der zuständigen Auseinandersetzungsbehörde anhängig geworden sind.

§. 15.

Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen werden von dem Finanzminister und dem Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten und, soweit es sich um die Ausführung des §. 12 handelt, im Einvernehmen mit dem Justizminister getroffen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Windsor Castle, den 7. Juli 1891

(L. S.) **Wilhelm.**

v. Caprivi. v. Boetticher. Herrfurth. v. Schelling. Frhr. v. Berlepsch.
Miquel. v. Kaltenborn. v. Heyden. Gr. v. Zedlitz. Thielen.

Anlage I.

Tabelle

zum

§. 6 Nr. 4 des Gesetzes, betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentengütern.

Für die Amortisationsperiode von $60^1/_2$ Jahren.

Tilgung eines mit $3\frac{1}{2}$ Prozent verzinslichen Kapitals von 100 Mark durch eine jährliche Rentenbankrente von 4 Prozent				Demnach und in Gemäßheit des				
nach Jahren	treffen von der sodann fälligen Rentenbankrente auf		und bleiben vom Kapitale noch zu tilgen	im Laufe des Jahres	von 10 Mark		von 5 Mark	
	Zinsen	Kapital						
	Mark	Mark	Mark		Mark	Pf.	Mark	Pf.
0	—	—	100,000 00	1	250	00	125	00
1	3,500 00	0,500 00	99,500 00	2	248	75	124	38
2	3,482 50	0,517 50	98,982 50	3	247	46	123	73
3	3,464 39	0,535 61	98,446 89	4	246	12	123	06
4	3,445 64	0,554 36	97,892 53	5	244	73	122	37
5	3,426 24	0,573 76	97,318 77	6	243	30	121	65
6	3,406 16	0,593 84	96,724 93	7	241	81	120	91
7	3,385 37	0,614 63	96,110 30	8	240	28	120	14
8	3,363 86	0,636 14	95,474 16	9	238	69	119	34
9	3,341 60	0,658 40	94,815 76	10	237	04	118	52
10	3,318 55	0,681 45	94,134 31	11	235	34	117	67
11	3,294 70	0,705 30	93,429 01	12	233	57	116	79
12	3,270 02	0,729 98	92,699 03	13	231	75	115	87
13	3,244 47	0,755 53	91,943 50	14	229	86	114	93
14	3,218 02	0,781 98	91,161 52	15	227	90	113	95
15	3,190 65	0,809 35	90,352 17	16	225	88	112	94
16	3,162 33	0,837 67	89,514 50	17	223	79	111	89
17	3,133 01	0,866 99	88,647 51	18	221	62	110	81
18	3,102 66	0,897 34	87,750 17	19	219	38	109	69
19	3,071 26	0,928 74	86,821 43	20	217	05	108	53
20	3,038 75	0,961 25	85,860 18	21	214	65	107	33
21	3,005 11	0,994 89	84,865 29	22	212	16	106	08
22	2,970 29	1,029 71	83,835 58	23	209	59	104	79
23	2,934 25	1,065 75	82,769 83	24	206	92	103	46
24	2,896 94	1,103 06	81,666 77	25	204	17	102	08
25	2,858 34	1,141 66	80,525 11	26	201	31	100	66
26	2,818 38	1,181 62	79,343 49	27	198	36	99	18
27	2,777 02	1,222 98	78,120 51	28	195	30	97	65
28	2,734 22	1,265 78	76,854 73	29	192	14	96	07
29	2,689 92	1,310 08	75,544 65	30	188	86	94	43
30	2,644 06	1,355 94	74,188 71	31	185	47	92	74
31	2,596 60	1,403 40	72,785 31	32	181	96	90	98
32	2,547 49	1,452 51	71,332 80	33	178	33	89	17

Gesetzes ist das Ablösungskapital für eine Rentenbankrente

von 3 Mark		von 1 Mark		von 50 Pf.		von 10 Pf.	
Mark	Pf.	Mark	Pf.	Mark	Pf.	Mark	Pf.
75	00	25	00	12	50	2	50
74	63	24	88	12	44	2	49
74	24	24	75	12	37	2	47
73	84	24	61	12	31	2	46
73	42	24	47	12	24	2	45
72	99	24	33	12	16	2	43
72	54	24	18	12	09	2	42
72	08	24	03	12	01	2	40
71	61	23	87	11	93	2	39
71	11	23	70	11	85	2	37
70	60	23	53	11	77	2	35
70	07	23	36	11	68	2	34
69	52	23	17	11	59	2	32
68	96	22	99	11	49	2	30
68	37	22	79	11	40	2	28
67	76	22	59	11	29	2	26
67	14	22	38	11	19	2	24
66	49	22	16	11	08	2	22
65	81	21	94	10	97	2	19
65	12	21	71	10	85	2	17
64	40	21	47	10	73	2	15
63	65	21	22	10	61	2	12
62	88	20	96	10	48	2	10
62	08	20	69	10	35	2	07
61	25	20	42	10	21	2	04
60	39	20	13	10	07	2	01
59	51	19	84	9	92	1	98
58	59	19	53	9	77	1	95
57	64	19	21	9	61	1	92
56	66	18	89	9	44	1	89
55	64	18	55	9	27	1	85
54	59	18	20	9	10	1	82
53	50	17	83	8	92	1	78

Bemerkungen.

Nach den vier ersten Spalten dieser Tabelle wird überhaupt jedes mit $3^1/_2$ Prozent verzinsliche Kapital durch eine, in jährlichen Terminen postnumerando zahlbare Rentenbankrente von 4 Prozent in $60^1/_2$ Jahren getilgt. Da die Rechnung beispielsweise 100 Mark Kapital angenommen hat, so drücken ihre Resultate überall Prozente des Kapitals aus. Nachdem nun 60 Jahre hindurch die Rentenbankrente gezahlt worden ist, bleiben von dem Kapitale noch .... 1,741 68 Prozent zu tilgen, und bei der Voraussetzung, daß dies nach $^1/_2$ Jahr geschehe, kommen dazu noch halbjährige Zinsen mit .... 0,030 48 „

daher denn alsdann .... 1,772 16 Prozent von der Rentenbankrente zu bezahlen sind. Dies ist $= \frac{1\,772\,16}{4\,000\,00}$ der jährlichen Rentenbankrente mithin der Betrag für circa $5^1/_3$, abgerundet 6 Monate. Zur Tilgung des Kapitals sind also $60^1/_2$ jährliche Rentenzahlungen erforderlich.

Tilgung eines mit $3^1/_2$ Prozent verzinslichen Kapitals von 100 Mark durch eine jährliche Rentenbankrente von 4 Prozent				Demnach und in Gemäßheit des				
nach Jahren	treffen von der sodann fälligen Rentenbankrente auf		und bleiben vom Kapitale noch zu tilgen	im Laufe des Jahres	von 10 Mark		von 5 Mark	
	Zinsen	Kapital						
	Mark	Mark	Mark		Mark	Pf.	Mark	Pf.
33	2,496 65	1,503 35	69,829 45	34	174	57	87	29
34	2,444 03	1,555 97	68,273 48	35	170	68	85	34
35	2,389 57	1,610 43	66,663 05	36	166	66	83	33
36	2,333 21	1,666 79	64,996 26	37	162	49	81	25
37	2,274 87	1,725 13	63,271 13	38	158	18	79	09
38	2,214 49	1,785 51	61,485 62	39	153	71	76	86
39	2,152 00	1,848 00	59,637 62	40	149	09	74	55
40	2,087 32	1,912 68	57,724 94	41	144	31	72	16
41	2,020 37	1,979 63	55,745 31	42	139	36	69	68
42	1,951 09	2,048 91	53,696 40	43	134	24	67	12
43	1,879 37	2,120 63	51,575 77	44	128	94	64	47
44	1,805 15	2,194 85	49,380 92	45	123	45	61	73
45	1,728 33	2,271 67	47,109 25	46	117	77	58	89
46	1,648 82	2,351 18	44,758 07	47	111	90	55	95
47	1,566 53	2,433 47	42,324 60	48	105	81	52	91
48	1,481 36	2,518 64	39,805 96	49	99	51	49	76
49	1,393 21	2,606 79	37,199 17	50	93	00	46	50
50	1,301 97	2,698 03	34,501 14	51	86	25	43	13
51	1,207 54	2,792 46	31,708 68	52	79	27	39	64
52	1,109 80	2,890 20	28,818 48	53	72	05	36	02
53	1,008 65	2,991 35	25,827 13	54	64	57	32	28
54	0,903 95	3,096 05	22,731 08	55	56	83	28	41
55	0,795 59	3,204 41	19,526 67	56	48	82	24	41
56	0,683 43	3,316 57	16,210 10	57	40	53	20	26
57	0,567 35	3,432 65	12,777 45	58	31	94	15	97
58	0,447 21	3,552 79	9,224 66	59	23	06	11	53
59	0,322 86	3,677 14	5,547 52	60	13	87	6	93
60	0,194 16	3,805 84	1,741 68	—	—	—	—	—

Gesetzes ist das Ablösungskapital für eine Rentenbankrente

von 3 Mark		von 1 Mark		von 50 Pf.		von 10 Pf.		Bemerkungen.
Mark	Pf.	Mark	Pf.	Mark	Pf.	Mark	Pf.	
52	37	17	46	8	73	1	75	
51	21	17	07	8	53	1	71	
50	00	16	67	8	33	1	67	
48	75	16	25	8	12	1	62	
47	45	15	82	7	91	1	58	
46	11	15	37	7	69	1	54	
44	73	14	91	7	45	1	49	
43	29	14	43	7	22	1	44	
41	81	13	94	6	97	1	39	
40	27	13	42	6	71	1	34	
38	68	12	89	6	45	1	29	
37	04	12	35	6	17	1	23	
35	33	11	78	5	89	1	18	
33	57	11	19	5	59	1	12	
31	74	10	58	5	29	1	06	
29	85	9	95	4	98	1	00	
27	90	9	30	4	65	—	93	
25	88	8	63	4	31	—	86	
23	78	7	93	3	96	—	79	
21	61	7	20	3	60	—	72	
19	37	6	46	3	23	—	65	
17	05	5	68	2	84	—	57	
14	65	4	88	2	44	—	49	
12	16	4	05	2	03	—	41	
9	58	3	19	1	60	—	32	
6	92	2	31	1	15	—	23	
4	16	1	39	—	69	—	14	
—	—	—	—	—	—	—	—	

Anlage II.

Tabelle

zum

§. 6 Nr. 4 des Gesetzes, betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentengütern.

Für die Amortisationsperiode von $56^{1}/_{12}$ Jahren.

Tilgung eines mit 4 Prozent verzinslichen Kapitals von 100 Mark durch eine jährliche Rentenbankrente von 4½ Prozent				Demnach und in Gemäßheit des				
nach Jahren	treffen von der sodann fälligen Rentenbankrente auf		und bleiben vom Kapitale noch zu tilgen	im Laufe des Jahres	von 10 Mark		von 5 Mark	
	Zinsen	Kapital						
	Mark	Mark	Mark		Mark	Pf.	Mark	Pf.
0	—	—	100,000 00	1	222	22	111	11
1	4,000 00	0,500 00	99,500 00	2	221	11	110	56
2	3,980 00	0,520 00	98,980 00	3	219	96	109	98
3	3,959 20	0,540 80	98,439 20	4	218	75	109	38
4	3,937 57	0,562 43	97,876 77	5	217	50	108	75
5	3,915 07	0,584 93	97,291 84	6	216	20	108	10
6	3,891 67	0,608 33	96,683 51	7	214	85	107	43
7	3,867 34	0,632 66	96,050 85	8	213	45	106	72
8	3,842 03	0,657 97	95,392 88	9	211	98	105	99
9	3,815 72	0,684 28	94,708 60	10	210	46	105	23
10	3,788 34	0,711 66	93,996 94	11	208	88	104	44
11	3,759 88	0,740 12	93,256 82	12	207	24	103	62
12	3,730 27	0,769 73	92,487 09	13	205	53	102	76
13	3,699 48	0,800 52	91,686 57	14	203	75	101	87
14	3,667 46	0,832 54	90,854 03	15	201	90	100	95
15	3,634 16	0,865 84	89,988 19	16	199	97	99	99
16	3,599 53	0,900 47	89,087 72	17	197	97	98	99
17	3,563 51	0,936 49	88,151 23	18	195	89	97	95
18	3,526 05	0,973 95	87,177 28	19	193	73	96	86
19	3,487 09	1,012 91	86,164 37	20	191	48	95	74
20	3,446 57	1,053 43	85,110 94	21	189	14	94	57
21	3,404 44	1,095 56	84,015 38	22	186	70	93	35
22	3,360 62	1,139 38	82,876 00	23	184	17	92	08
23	3,315 04	1,184 96	81,691 04	24	181	54	90	77
24	3,267 64	1,232 36	80,458 68	25	178	80	89	40
25	3,218 35	1,281 65	79,177 03	26	175	95	87	97
26	3,167 08	1,332 92	77,844 11	27	172	99	86	49
27	3,113 76	1,386 24	76,457 87	28	169	91	84	95
28	3,058 31	1,441 69	75,016 18	29	166	70	83	35
29	3,000 65	1,449 35	73,516 83	30	163	37	81	69
30	2,940 67	1,559 33	71,957 50	31	159	91	79	95
31	2,878 30	1,621 70	70,335 80	32	156	30	78	15
32	2,813 43	1,686 57	68,649 23	33	152	55	76	28

Gesetzes ist das Ablösungskapital für eine Rentenbankrente							
von 3 Mark		von 1 Mark		von 50 Pf.		von 10 Pf.	
Mark	Pf.	Mark	Pf.	Mark	Pf.	Mark	Pf.
66	67	22	22	11	11	2	22
66	33	22	11	11	06	2	21
65	99	22	00	11	00	2	20
65	63	21	88	10	94	2	19
65	25	21	75	10	88	2	18
64	86	21	62	10	81	2	16
64	46	21	49	10	74	2	15
64	03	21	34	10	67	2	13
63	60	21	20	10	60	2	12
63	14	21	05	10	52	2	10
62	66	20	89	10	44	2	09
62	17	20	72	10	36	2	07
61	66	20	55	10	28	2	06
61	12	20	37	10	19	2	04
60	57	20	19	10	09	2	02
59	99	20	00	10	00	2	00
59	39	19	80	9	90	1	98
58	77	19	59	9	79	1	96
58	12	19	37	9	69	1	94
57	44	19	15	9	57	1	91
56	74	18	91	9	46	1	89
56	01	18	67	9	34	1	87
55	25	18	42	9	21	1	84
54	46	18	15	9	08	1	82
53	64	17	88	8	94	1	79
52	78	17	59	8	80	1	76
51	90	17	30	8	65	1	73
50	97	16	99	8	50	1	70
50	01	16	67	8	34	1	67
49	01	16	34	8	17	1	63
47	97	15	99	8	00	1	60
46	89	15	63	7	82	1	56
45	77	15	26	7	63	1	53

Bemerkungen.

Nach den vier ersten Spalten dieser Tabelle wird überhaupt jedes mit 4 Prozent verzinsliche Kapital durch eine, in jährlichen Terminen postnumerando zahlbare Rentenbankrente von $4\frac{1}{2}$ Prozent in $56\frac{1}{12}$ Jahren getilgt. Da die Rechnung beispielsweise 100 Mark Kapital angenommen hat, so drücken ihre Resultate überall Prozente des Kapitals aus. Nachdem nun 56 Jahre hindurch die Rentenbankrente gezahlt worden ist, bleiben von dem Kapitale noch

0,097 13 Prozent

zu tilgen, und bei der Voraussetzung, daß dies nach $\frac{1}{2}$ Jahre geschehe, kommen dazu noch halbjährige Zinsen mit......... 0,001 95

daher denn alsdann........ 0,099 08 Prozent

von der Rentenbankrente zu bezahlen sind. Dies ist $= \frac{9\,908}{450\,000}$ der jährlichen Rentenbankrente, mithin der Betrag für 8 Tage, und wenn dieselbe in mindestens monatlichen Raten zu zahlen ist, so sind zur Tilgung des Kapitals überhaupt $56\frac{1}{12}$ jährliche Rentenzahlungen erforderlich.

Tilgung eines mit 4 Prozent verzinslichen Kapitals von 100 Mark durch eine jährliche Rentenbankrente von $4^1/_2$ Prozent				Demnach und in Gemäßheit des				
nach Jahren	treffen von der sodann fälligen Rentenbankrente auf		und bleiben vom Kapitale noch zu tilgen	im Laufe des Jahres	von 10 Mark		von 5 Mark	
	Zinsen	Kapital						
	Mark	Mark	Mark		Mark	Pf.	Mark	Pf.
33	2,745 97	1,754 03	66,895 20	34	148	66	74	33
34	2,675 81	1,824 19	65,071 01	35	144	60	72	30
35	2,602 84	1,897 16	63,173 85	36	140	39	70	19
36	2,526 95	1,973 05	61,200 80	37	136	00	68	00
37	2,448 03	2,051 97	59,148 83	38	131	44	65	72
38	2,365 95	2,134 05	57,014 78	39	126	70	63	35
39	2,280 59	2,219 41	54,795 37	40	121	77	60	88
40	2,191 81	2,308 19	52,487 18	41	116	64	58	32
41	2,099 49	2,400 51	50,086 67	42	111	30	55	65
42	2,003 47	2,496 53	47,590 14	43	105	76	52	88
43	1,903 61	2,596 39	44,993 75	44	99	99	49	99
44	1,799 75	2,700 25	42,293 50	45	93	99	46	99
45	1,691 74	2,808 26	39,485 24	46	87	74	43	87
46	1,579 41	2,920 59	36,564 65	47	81	25	40	63
47	1,462 59	3,037 41	33,527 24	48	74	50	37	25
48	1,341 09	3,158 91	30,368 33	49	67	49	33	74
49	1,214 73	3,285 27	27,083 06	50	60	18	30	09
50	1,083 32	3,416 68	23,666 38	51	52	59	26	30
51	0,946 66	3,553 34	20,113 04	52	44	70	22	35
52	0,804 52	3,695 48	16,417 56	53	36	48	18	24
53	0,656 70	3,843 30	12,574 26	54	27	94	13	97
54	0,502 97	3,997 03	8,577 23	55	19	06	9	53
55	0,343 09	4,156 91	4,420 32	56	9	82	4	91
56	0,176 81	4,323 19	0,097 13	—	—	—	—	—

Gesetzes ist das Ablösungskapital für eine Rentenbankrente								Bemerkungen.
von 3 Mark		von 1 Mark		von 50 Pf.		von 10 Pf.		
Mark	Pf.	Mark	Pf.	Mark	Pf.	Mark	Pf	
44	60	14	87	7	43	1	49	
43	38	14	46	7	23	1	45	
42	12	14	04	7	02	1	40	
40	80	13	60	6	80	1	36	
39	43	13	14	6	57	1	31	
38	01	12	67	6	33	1	27	
36	53	12	18	6	09	1	22	
34	99	11	66	5	83	1	17	
33	39	11	13	5	57	1	11	
31	73	10	58	5	29	1	06	
30	00	10	00	5	00	1	00	
28	20	9	40	4	70	—	94	
26	32	8	77	4	39	—	88	
24	38	8	13	4	06	—	81	
22	35	7	45	3	73	—	75	
20	25	6	75	3	37	—	67	
18	06	6	02	3	01	—	60	
15	78	5	26	2	63	—	53	
13	41	4	47	2	23	—	45	
10	95	3	65	1	82	—	36	
8	38	2	79	1	40	—	28	
5	72	1	91	—	95	—	19	
2	95	—	98	—	49	—	10	
—	—	—	—	—	—	—	—	

Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetz-Samml. S. 357) sind bekannt gemacht:

1) der Allerhöchste Erlaß vom 12. März 1891, betreffend die Verleihung des Enteignungsrechts an die evangelische Kirchengemeinde Swaroschin im Kreise Dirschau bezüglich der zur Erbauung einer Kirche und eines Pfarrhauses daselbst erforderlichen Landflächen des Fideikommißgutes Swaroschin, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Danzig Nr. 19 S. 141, ausgegeben den 9. Mai 1891;

2) der Allerhöchste Erlaß vom 13. April 1891, betreffend die Genehmigung von Abänderungen des revidirten Reglements der ostpreußischen Land-Feuersozietät vom 12. Mai 1884, durch außerordentliche Beilagen zu den Amtsblättern
   der Königl. Regierung zu Königsberg Nr. 22, ausgegeben den 28. Mai 1891,
   der Königl. Regierung zu Gumbinnen Nr. 22, ausgegeben den 3. Juni 1891,
   der Königl. Regierung zu Marienwerder Nr. 22, ausgegeben den 4. Juni 1891;

3) das unterm 15. April 1891 Allerhöchst vollzogene Statut für den Entwässerungsverband Fürstenauerweide-Goldberg im Marienburger Deichverbande, Landkreises Elbing, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Danzig Nr. 25 S. 179, ausgegeben den 20. Juni 1891;

4) das unterm 20. April 1891 Allerhöchst vollzogene Statut für den Ent- und Bewässerungsverband Klackendorf-Kykoit im Elbinger Deichverbande, Kreises Marienburg, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Danzig Nr. 26 S. 191, ausgegeben den 27. Juni 1891;

5) der unterm 3. Mai 1891 Allerhöchst vollzogene Nachtrag zu dem Statut des Tschechnitz-Tschanscher Deichverbandes vom 17. April 1876 durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Breslau Nr. 27 S. 263, ausgegeben den 3. Juli 1891;

6) das unterm 11. Mai 1891 Allerhöchst vollzogene Statut für die Entwässerungsgenossenschaft II zu Scheid im Kreise Prüm durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Trier Nr. 25 S. 254, ausgegeben den 19. Juni 1891;

7) das unterm 13. Mai 1891 Allerhöchst vollzogene Statut für die Criewener Wassergenossenschaft zu Schwedt a. O. im Kreise Angermünde durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam Nr. 25 S. 230, ausgegeben den 19. Juni 1891;

8) der Allerhöchste Erlaß vom 13. Mai 1891, betreffend die Verleihung des Enteignungsrechts an den Kreis Leobschütz für die zum Bau einer Chaussee von Steubendorf nach Alt-Wiendorf bis zum Anschluß an die Chaussee von Schönau nach Hotzenplotz erforderlichen Grundstücke, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Oppeln Nr. 24 S. 151, ausgegeben den 12. Juni 1891;

9) das unterm 18. Mai 1891 Allerhöchst vollzogene Statut für die Wiesenmeliorationsgenossenschaft im Warchethale zu Bütgenbach im Kreise Malmedy durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Aachen Nr. 25 S. 205, ausgegeben den 18. Juni 1891;

10) der Allerhöchste Erlaß vom 19. Mai 1891, betreffend die Anwendung der dem Chausseegeldtarife vom 29. Februar 1840 angehängten Bestimmungen wegen der Chausseepolizeivergehen auf die von dem Kreise Oschersleben zur Unterhaltung übernommene Chaussee von Hornhausen bis zur Oschersleben-Neindorfer Kreischaussee in der Richtung auf Neu-Brandsleben, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Magdeburg Nr. 25 S. 203, ausgegeben den 20. Juni 1891;

11) der Allerhöchste Erlaß vom 19. Mai 1891, betreffend die Anwendung der dem Chausseegeldtarife vom 29. Februar 1840 angehängten Bestimmungen wegen der Chausseepolizeivergehen auf die Straße von Breslau bis zum Dorfe Ransern, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Breslau Nr. 25 S. 247, ausgegeben den 19. Juni 1891;

12) das Allerhöchste Privilegium vom 4. Juni 1891 wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreisanleihescheine des Kreises Merseburg im Betrage von 1 500 000 Mark durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Merseburg Nr. 27 S. 193, ausgegeben den 4. Juli 1891;

13) der Allerhöchste Erlaß vom 8. Juni 1891, betreffend die Anwendung der dem Chausseegeldtarife vom 29. Februar 1840 angehängten Bestimmungen wegen der Chausseepolizeivergehen auf die in der Unterhaltung des Kreises Sangerhausen befindlichen Chausseen 1) von der Halle-Casseler Provinzialchaussee bei Blankenheim nach Klosterrode, 2) von Obersdorf nach Pölsfeld, 3) von der Halle-Casseler Provinzialchaussee nach Rosperwende, 4) von der Berga-Stolberger Chaussee nach Uftrungen, 5) von Wallhausen nach Brücken, 6) von der Sangerhausen-Kindelbrücker Provinzialchaussee nach Voigtstedt, 7) von Schwiederschwenda nach Landgemeinde, 8) von der Roßla-Hayner Kreischaussee bei der Polkabrücke nach Breitungen, 9) von Mühlhofsrain nach Krummschlechtwasser und 10) von Heringen über Auleben nach Görsbach, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Merseburg Nr. 28 S. 201, ausgegeben den 11. Juli 1891;

14) der Allerhöchste Erlaß vom 24. Juni 1891, betreffend die Genehmigung der von der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft beschlossenen Vermehrung ihres Grundkapitals durch Ausgabe weiterer Aktien im Betrage von 2316000 Mark, durch die Amtsblätter

für den Regierungsbezirk Hannover Nr. 27 S. 135, ausgegeben den 3. Juli 1891,

der Königl. Regierung zu Schleswig Nr. 28 S. 253, ausgegeben den 4. Juli 1891.

Redigirt im Bureau des Staatsministeriums.

Berlin, gedruckt in der Reichsdruckerei.